

Maria Duftner, Mat.Nr. 9603285

Ingrid Putz, Mat.Nr. 9404266

Barbara Steininger, Proseminar aus österreichischer Regimelehre:
Kandidatenauslese und Karriereverläufe im politischen System
Österreichs

Lehrveranstaltung an der Universität Wien im Wintersemester 1999/2000

QuereinsteigerInnen in die Politik

Wien, Oktober 2000

www.duftner.com

Vorwort

Politikverdrossenheit – ein Schlagwort mit dem sich viele PolitikerInnen auseinandersetzen müssen und ihre Marketing-StrategInnen beauftragen, WählerInnen zielgruppenorientierter anzusprechen. So werden bei Wahlen immer wieder neue Gesichter präsentiert, die einmal mehr den Eindruck vermitteln sollen etwas verändern zu können. Personen, die bisher recht wenig Erfahrung mit politischen Abläufen hatten, wird die Aufgabe zugesprochen, Praxis aus dem richtigen Leben in den politischen Alltag zu bringen. Das Allheilmittel gegen Politik(erInnen)verdrossenheit – politische QuereinsteigerInnen.

Ein Phänomen, das es schon lange gibt, besonders in den Vereinigten Staaten, wo der Übergang von Privat zu Politik und wieder Privat mehr oder weniger üblich ist¹. Auch in Österreich nehmen die politischen QuereinsteigerInnen vermehrt zu, so trumpfte im Superwahljahr 1999 eine Partei nach der anderen mit politischen QuereinsteigerInnen auf. Hans-Peter Martin, Ursula Stenzel, Theresia Zierler und Patrick Ortlieb – jedEr sollte eine gewissen WählerInnengruppe ansprechen. Wurde nun die Wahl mehr oder weniger erfolgreich geschlagen, was passiert dann mit den politischen QuereinsteigerInnen? Schürt nicht gerade ihr praxisorientierter Zugang zu Politik Konflikte innerhalb der Partei oder ihre ganz persönliche Auffassung davon, wie Politik betrieben werden müsse?

Ziel unserer Arbeit war ein Aufzeigen der Karriereverläufe einzelner politischer QuereinsteigerInnen in österreichische Parteien. Dargestellt werden sollten die Unterschiede zu „BerufspolitikerInnen“ bezüglich des Ausleseverfahrens sowie die politische Alltagsarbeit und der Erfolg oder Misserfolg dieser Personen.

Unsere Auswahl fiel auf Hans-Peter Martin und Ursula Stenzel, die 1999 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament antraten sowie Theresia Zierler und Patrick Ortlieb, die sich der Wahl zum österreichischen Nationalrat 1999 stellten. Peter Sichrovsky schieden wir nach anfänglichen Analysen als Untersuchungsobjekt wie-

¹ vgl. z.Bsp.: Plasser; 1997

der aus, da sein Bekanntheitsgrad vor Eintritt in die Politik weit unter dem der anderen Personen lag und vor allem die ersten Rechercheergebnisse zu seinem politischen Engagement eher enttäuschend waren. Der Großteil der Berichterstattung zur Zeit der Europawahl 1999 beschäftigte sich mit angeblich falsch abgerechneten Kostenersätzen und seiner Einstellung zu Jörg Haider.

Inhalt

Einleitung	6
I. Definition von politischen QuereinsteigerInnen	7
1. Keine politischen QuereinsteigerInnen	9
II. Vorteile politischer QuereinsteigerInnen.....	13
III. Nachteile von QuereinsteigerInnen	15
IV. Politische QuereinsteigerInnen	17
1. Hans-Peter Martin (für die SPÖ im EP – parteilos)	17
2. Ursula Stenzel (für ÖVP im EP – parteilos).....	23
3. Patrick Ortlieb (für die FPÖ im NR, Parteimitglied).....	25
4. Theresia Zierler (für FPÖ im NR, Parteimitglied).....	27
Schlussfolgerungen	30
Quellen	31

EINLEITUNG

Die Wahlkämpfe der vergangenen Jahre brachten in Österreich immer wieder neue Gesichter zum Vorschein, die den politischen Alltag ein wenig auffrischen sollten. Besonders gefragt waren dabei so genannte QuereinsteigerInnen in die Politik oder Personen, die zumindest als solche ausgegeben wurden. Gerade bei der Wahl zum Europäischen Parlament erwarteten sich die kandidierenden Parteien, dass mit „*frischem politischen Blut*“ neue WählerInnen gewonnen werden können.

Obwohl in Österreich nach wie vor Parteien zur Wahl stehen, ist eine Personalisierung der Wahlkämpfe zu beobachten. Diese werden zunehmend auf einzelne Personen, die als Zugpferd für die Partei gelten sollen, ausgerichtet. So zeigt auch eine Studie des Linzer Spectra-Instituts vom April 1999, dass für 47 Prozent der WählerInnen der/die KandidatIn und für nur 37 Prozent die Partei der ausschlaggebende Entscheidungsfaktor sei².

QuereinsteigerInnen seien laut Fritz Plasser ein enormer Reiz für politische Parteien, da sie eine Erfolg versprechende Möglichkeit darstellen, bestimmte Wählergruppen gezielt anzusprechen. Hierbei wird versucht, bewusst die Partei für neue Zielgruppen zu öffnen, praktisch der „Versuch, eine strategische Neupositionierung durch Personen auszudrücken“³. Weiters demonstrieren für Plasser QuereinsteigerInnen „die Öffnung der Partei und sind ein Signal an nicht parteigebundene WählerInnen“⁴. Allerdings betont er auch, dass der Erfolg der Außendarstellung mit parteiinternen Problemen verbunden sein kann, denn „jeder Quereinsteiger verdrängt einen Parteimitarbeiter und irritiert die komplizierte innerparteiliche Machtlogik“⁵.

² vgl. Der Standard, 3. Mai 1999

³ Der Standard, 16. Juni 1999

⁴ ebd.

⁵ ebd.

I. DEFINITION VON POLITISCHEN QUEREINSTEIGERINNEN

Politische QuereinsteigerInnen genau zu bestimmen ist nicht so leicht, da besonders in Österreich die Grenzen zwischen parteinahen und parteifernen Feldern sehr leicht verschwimmen. Das österreichische Proporzsystem schaffte eine enge Verflechtung zwischen staatseigenen (Industrie-)Betrieben, ehemals verstaatlichten Unternehmen einerseits und den österreichischen Parteien – insbesondere natürlich den Regierungsparteien SPÖ und ÖVP – andererseits⁶. Dieses System reicht aber weit über die Grenzen der Wirtschaft hinaus, deutliche Zeichen sind etwa Vergabepraktiken bei öffentlich ausgeschriebenen Stellen auch in der Verwaltung, im Schulwesen, bei staatlichen Betrieben, im Bankwesen usw. oder Junktimierungen bei der Besetzung politischer Ämter – wie sie sich besonders klar in der Ressortverteilung der Koalitionsregierungen widerspiegeln. Die als überparteilich apostrophierten, aber sichtlich parteilich geprägten Teile der Sozialpartnerschaft mit ihrer Politik des Interessenausgleichs außerhalb des Parlaments in einem weit verzweigten Kammernsystem und Verbändewesen werden die Trennungslinien verwischt.

Bezüglich KandidatInnenauslese und den jeweiligen Verfahren beschreibt Herzog nun zunächst die tatsächlich restriktive Auswahl innerhalb von Parteien, die keineswegs ein offenes System für alle an Politik Interessierten – oder für den Erfolg einer politischen Partei „Nützliche“ darstellen.⁷ Kandidaturchancen sind das Resultat formaler und informaler Machtbeziehungen innerhalb der Parteien, dabei darf selbstverständlich nicht die Rolle von Interessengruppen und ihr Einfluss auf den Nominierungsprozess vergessen werden.⁸ Gerade SPÖ und ÖVP mit ihren zahlreichen Vorfeldorganisationen bieten hier für Österreich hervorragende Beispiele dieser Praxis.

⁶ vgl. z.Bsp.: Seifert; Wien 1998

⁷ Herzog, Politische Karrieren, 1975, S 11f

⁸ ebd. S 17

QuereinsteigerInnen sind nun nach Herzog Menschen, die einen eigenen Beruf erlernt haben, dort eine entsprechende Karriere gemacht hatten und nun in eine politische Spitzenfunktion wechseln.⁹ Die Motive für einen Wechsel in die Politik sind zumeist sehr unterschiedlich und von der individuellen Situation abhängig. Oft wird auch der private Beruf gänzlich zu Gunsten der Politik aufgegeben.

Interessant ist, dass QuereinsteigerInnen in die Politik nicht die übliche parteipolitische Karriere durchlaufen müssen, um für eine Spitzenfunktion kandidieren zu können. Besonders in den Vereinigten Staaten von Amerika sind solche Rekrutierungsmaßnahmen beliebt und häufig, dort wird ein politischer Quereinstieg als Cross-over¹⁰ bezeichnet. Dabei ist zu beachten, dass dieser Wechsel in die Politik unmittelbar erfolgt und nicht über Zwischenstationen auf parteipolitischen oder öffentlichen (Ehren-)Ämtern. Spezielle politische Qualifikation konnte also auch hier nicht erworben werden.¹¹

Die Rückkehr in Privatwirtschaft stellt nicht so sehr ein Problem dar, es findet keinerlei Stigmatisierung wie in Österreich statt. So löste etwa die Rückkehr des SPÖ-Finanzstaatssekretärs Wolfgang Ruttensdorfer in den Vorstand der OMV zunächst heftigen Widerstand von Seiten des OMV-Betriebsrates und Kritik von ÖVP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat aus. Vorgeworfen wurden Ruttensdorfer dabei Proporz und „alte Verstaatlichtenunsitten“ sowie ein mangelndes Auswahlverfahren.¹²

Nicht nur Menschen, die in der (freien) Wirtschaft Karriere gemacht haben, sind als Spitzenfunktionsbesetzung beliebt, sondern auch Personen, die der Öffentlichkeit schon durch gewisse Leistungen aufgefallen sind und so gewissermaßen ihr eigenes Publikum haben, das nun für eine jeweilige Partei nutzbar gemacht werden soll.

⁹ Steininger, WS 1999/2000: Karriereverläufe im politischen System Österreichs

¹⁰ ebd.

¹¹ Herzog, a.a.O., S 150

¹² <http://www.news.at/magazin/ausgaben/199945/stories/0500.asp> und

Eine klare Definition von politischen QuereinsteigerInnen kann man eigentlich nur über eine Definition jener politischen AkteurInnen geben, die keine QuereinsteigerInnen sind.

1. Keine politischen QuereinsteigerInnen

Nach Herzog gibt es drei Karrieremuster¹³ in der politischen Landschaft:

- Reine Parteikarriere
- Standardkarriere
- Cross-over

Die meisten PolitikerInnen durchlaufen eine parteipolitische Karriere („Ochsentour“¹⁴) und eignen sich dort verschiedene (partei-)politische Qualifikationen an. Dazu zählen zum Beispiel Verhandlungstechniken, das Kennenlernen parteiinterner Abläufe sowie der politischen GegnerInnen und das Erlernen von Argumentationslinien, die mit der Parteiideologie übereinstimmen. Beim Durchlaufen der jeweiligen Hierarchien wird eine gewisse Legitimation erworben und möglicherweise auch eine stabile Hausmacht aufgebaut. Also politische Netzwerke gesponnen bzw. Parteilfreundschaften gewonnen, die Unterstützung bei der Durchsetzung von Ideen anbieten.

Zumeist erlernen PolitikerInnen einen eigenen Beruf und arbeiten während der beruflichen Etablierung schon in diversen politischen Funktionen. Anfangs auf Gemeinde- oder Landesebene, zumal hier noch eine bessere Vereinbarung mit dem privaten Beruf möglich ist. Herzog bezeichnet diesen Einstieg in die Politik als Standardkarriere, da fast 60% des Spitzenpersonals einer Partei so ihre politische Laufbahn begonnen haben¹⁵.

¹³ Steininger a.a.O.

¹⁴ ebd.

¹⁵ vgl. Götz, Quereinsteiger in der Politik, 1996; S 5

30% durchlaufen nach Herzog eine reine Politikkarriere. Diese PolitikerInnen haben nie einen privaten Beruf ausgeübt, sondern haben schon immer für die Partei gearbeitet.¹⁶ Eine derartige Karriere beginnt meist bei diversen Vorfeldorganisationen der Partei, beispielsweise Jugend- und StudentInnenorganisationen, setzt sich im regionalen Umfeld (Gemeinderäte, Bezirksräte) fort und führt schließlich auf die Bundesebene. Natürlich bekleiden sie nicht nur Funktionen für die Öffentlichkeit, sondern auch parteiinterne.¹⁷

Nach Herzog ist diese schrittweise „Bewährung“ und Qualifikation in zunächst unteren und mittleren Qualifikationsebenen die prinzipielle Voraussetzung für das Erlangung von Spitzenpositionen. Dementsprechend ist auch ein Parteiwechsel eher schwierig, da dort erneut dieser – vor allem auch sehr zeitintensive – Weg beschritten werden müsste. Die oftmals positiven Auswirkungen eines Arbeitsplatzwechsels in der (Privat-)Wirtschaft können also von der Politik hier nicht nachvollzogen werden.

Die Komplexität politischer Parteien durch die vielfältig differenzierte Organisationsstruktur und große Organisationsdichte vermindert allerdings das Ausmaß personeller Fluktuation, was einen Verbleib in diesem Beruf „Politik“ bzw. „Partei“ nahezu garantieren kann. Rasche Aufstiege und schlagartige, tiefe Abstürze bilden daher eher die Ausnahme.¹⁸

Die parteipolitische Karriere beginnt also gewöhnlich in den Führungsgremien der Basisorganisation, diese stellen auch die wichtigsten Filter im Auswahlprozess der KandidatInnen dar. Hier unterscheidet Herzog den Selektionsprozess im westdeutschen Parteiensystem von dem z.B. in Großbritannien, wo die Karriere in nationale Führungspositionen normalerweise nicht über lokale Parteipositionen führt.¹⁹

¹⁶ ebd.

¹⁷ ebd. S 6

¹⁸ Herzog, a.a.O. S 64

¹⁹ ebd. S 67f

Entsprechend dieser Definition kann man ehemalige MinisterInnensekretäre und -sekretärInnen, Funktionäre in Jugendgruppen, SpitzenbeamtInnen oder Funktionäre von Partei-Vorfeldorganisationen nicht zu den politischen QuereinsteigerInnen rechnen²⁰. Zumal sie auch in ihrer Laufbahn die Möglichkeit hatten sich politisches Werkzeug anzueignen. Ebenso muss man die starke Verzahnung von Politik und staatlichen Betrieben in Österreich beachten. Oftmals wechseln Personen, die eine (Spitzen-)Position in einem Bundesbetrieb oder der staatlichen Industrie bekleiden in politische Spitzenfunktionen und kehren nach Beendigung ihrer politischen Karriere wieder in den Betrieb zurück oder umgekehrt²¹. Allerdings ist es oftmals so, dass Parteien auch diese PolitikerInnen als QuereinsteigerInnen präsentieren, um von den daraus resultierenden Vorteilen profitieren zu können. Ein Beispiel dafür stellt Viktor Klima dar, der 1992 vom damaligen Bundeskanzler Franz Vranitzky aus dem Vorstand der OMV als Verkehrsminister in die Regierung geholt wurde.

Auch eine BeamtInnenlaufbahn ist als Sprungbrett für eine politische Funktion sehr gut geeignet. Besonders leitende Beamte sind mit politischen Vorgängen ebenso vertraut wie mit dem Gesetzgebungsprozess.

Wirft man einen Blick auf die österreichische Verbändelandschaft so wird deutlich, dass diese auch einen großen Einfluss auf die Politik ausüben, der vor allem durch Mandate diverser Kammer- und VerbandsspitzenfunktionärInnen im Parlament zum Ausdruck kommt. Auch hier kann nicht von QuereinsteigerInnen gesprochen werden, da diese sehr stark parteipolitisch geprägt und zuordenbar sind und teilweise den (Vorfeldorganisationen der) Parteien zuzuordnen sind.

So könnte man QuereinsteigerInnen in die Politik als Personen bezeichnen, die in ihrer Vergangenheit nicht im parteinahen Bereich tätig waren und somit auch kei-

²⁰ Götz, a.a.O. S 6

²¹ ebd.

ne Möglichkeit hatten, eine politische Lehre zu durchlaufen, wo spezielles politisches Handwerk gelernt wurde.

Herzog identifizierte dieses Karrieremuster im Hinblick auf eine „in den Parlamenten, im Staatsapparat und auch in den Parteien zu beobachtende Tendenz einer „Verwissenschaftlichung der Politik“. Derartige Karrieren stellten sich für ihn über den Umweg von Stabs- und Beratungspositionen dar, „die eher einer technokratischen als einer im engeren Sinne politischen Karriere gleichen würde, die sich organisatorisch in der Konstituierung von Beraterstäben mit berufenen, nicht von unten nach oben gewählten Experten ausdrückt“. ²² Hier wird noch nicht jene Spezifität deutlich, dass QuereinsteigerInnen oftmals nicht so sehr wegen ihres inhaltlichen Spezialwissens „engagiert“ werden, sondern auf Grund ihrer Spezialisierung auf eine bestimmte WählerInnengruppe.

Noch stellen QuereinsteigerInnen in die Politik allerdings Ausnahmen dar, was für politische Karriereläufe bedeutet, dass die Basisorganisationen der Parteien ihren Einfluss auf die Auswahl und Präsentation von KandidatInnen für Parteiämter bzw. für öffentliche Funktionen beibehalten oder sogar noch verstärken können. Der Einstieg in die politische Karriere muss damit auch in Zukunft über die jeweiligen lokalen Führungspositionen erfolgen.

²² Herzog, a.a.O. S 68

II. VORTEILE POLITISCHER QUEREINSTEIGERINNEN

Wenn Parteien überraschend eine Pressekonferenz einberufen und einEn QuereinsteigerIn stolz präsentieren, so wird merklich deren fachliche Kompetenz hervorgehoben. Sie sollen oft Bereiche in der Partei abdecken, die bisher – auf Grund der ideologischen Ausrichtung dieser Partei oder tatsächlicher personeller Schwächen – eher schwer glaubhaft vertreten werden konnten oder parteinahen Bereichen besonderes Gewicht verleihen. QuereinsteigerInnen sollen durch ihre vorherige private Berufslaufbahn Sachkompetenz vermitteln und den WählerInnen ein Gefühl wie „der/die, weiß wovon er/sie redet“ geben.

Es wird weiters erwartet, dass die Medien neuen „*unverbrauchten*“ Gesichtern mehr Aufmerksamkeit schenken und dadurch die Partei öfter in Schlagzeilen und auf Titelblättern präsentiert werden kann. Meistens geht dieses Konzept auch auf, zumal viele QuereinsteigerInnen schon vor dem Einstieg in die Politik einer öffentlichkeitswirksamen Tätigkeit nachgegangen sind – dadurch bestehen auch Kontakte zu JournalistInnen, die natürlich ausgenutzt werden.

Über diese mediale Präsenz besteht für QuereinsteigerInnen durchaus die Möglichkeit, sich eine Art Hausmacht aufzubauen und dadurch mehr Rückhalt bei der Parteibasis zu bekommen. Gerade durch ein Hervorheben der angeeigneten Qualifikationen als beispielsweise freieR UnternehmerIn, SchauspielerIn, JournalistIn, AutorIn oder durch Tätigkeiten bei NGO's wird einer Stellungnahme zu spezifischen Themen hoher medialer Wert beigemessen.

Natürlich erwarten sich die Parteien auch, dass QuereinsteigerInnen neue WählerInnenschichten ansprechen, besonders Menschen, die nicht zum üblichen WählerInnenklientel gehören. Es wird immer mehr versucht, zielgruppenorientierte Politik zu machen und QuereinsteigerInnen bieten sich gerade dazu an. Vor allem junge Menschen scheinen für eine sachorientierte Politik begeisterungsfähiger zu sein.

Denn gerade bei Jugendlichen herrscht große Skepsis gegenüber Politik – die besonders in ihren veralteten, hierarchischen, institutionalisierten Strukturen nicht mehr attraktiv ist. Bei vielen dominiert das Bewusstsein, nur „Statisten einer Partizipationsinszenierung“ zu sein, aber nicht mit ihren tatsächlichen Problemen und Interessen ernst genommen zu werden.

Gerade eine institutionalisierte Politik die Jugendliche gänzlich zu vereinnahmen sucht, wird trotz des Wunsches sich einzubringen, durch ein „sich nicht festlegen lassen“, durch „vagabundierende Engagement-Bereitschaft“ abgewehrt.²³

Nach Außen wird natürlich auch versucht, die „alte“ Partei nun als offen zu präsentieren. Dargestellt wird eine Partei, in der jedeR die Möglichkeit haben kann, ihre/seine Positionen einzubringen und etwas zu verändern, eine Partei, der nicht nur Machterhalt oder -ausbau wichtig ist, sondern die wirklich etwas verändern möchte und dafür auch bereit ist, Spitzenfunktionen mit Fachleuten zu besetzen. QuereinsteigerInnen sind (noch) nicht mit den politischen Machtverteilungen vertraut und können durch ihre „Unwissenheit“ neuen Wind in alte Strukturen bringen – so werden sie zumindest verkauft.

Die Bedeutung von Marketingtechniken hat in der politischen Landschaft sehr stark zugenommen. Die mediale Kompetenz von KandidatInnen ist äußerst wichtig geworden, die Bedeutung der Kompetenz für politische Inhalte rückt jedoch in Österreich zunehmend in den Hintergrund. So haben beispielsweise so genannte Fachleute, die in die Politik quer einsteigen bzw. eingestiegen sind relativ wenig nachhaltigen politischen Erfolg. Nach dem Wahlkampf ist es oft so, dass aus bekannten NichtpolitikerInnen unbekannte PolitikerInnen geworden sind.²⁴

²³ Großegger, Beate et al, 1999, S 53ff

²⁴ Der Standard, 24. April 1999

III. NACHTEILE VON QUEREINSTEIGERINNEN

QuereinsteigerInnen sorgen meist für parteiinterne Kritik, zumal sie gewöhnlich von der Parteispitze nominiert werden und nicht von der Parteibasis ausgesucht werden können. Dort sind diese oft gar nicht als der Partei so nahe stehend bekannt und müssen erst – auch bezüglich ihrer ideologischen Glaubwürdigkeit – entsprechend präsentiert werden. Die Nominierung durch die Parteispitze – oft eine Einzelentscheidung des/der Vorsitzenden selbst – ist es ihnen auch kaum möglich eine parteiinterne Hausmacht aufzubauen, wie es vielen PolitikerInnen im Laufe ihrer Parteikarriere gelungen ist. Also fehlt QuereinsteigerInnen einer der wichtigsten Voraussetzungen für die Durchsetzung von eigenen Ideen in der Politik, nämlich Unterstützung von der Basis bzw. den mächtigen innerparteilichen Teilorganisationen.

QuereinsteigerInnen konnten auch nicht lernen, wie man sich innerhalb der Partei verhält, sie haben meist wenig Ahnung von politisch geführten Verhandlungen und davon, wie sie sich durch Überzeugungsarbeit und Lobbyismus einen gewissen Rückhalt aufbauen können.

Die ideologische Verbindung zur Partei von Seiten der QuereinsteigerInnen hält sich auch oft in Grenzen, wodurch ihnen relativ wenig Vertrauen entgegen gebracht wird. QuereinsteigerInnen gelten bei der Basis oft auch als politisch nicht besonders verlässlich und Teamqualifikation wird ihnen abgesprochen. Hier spielt wahrscheinlich auch ein gewisser Neid, der in der Hierarchie weiter unten stehenden FunktionärInnen eine große Rolle. Sie haben meistens noch einen weiten Weg vor sich oder sind möglicherweise auch durch eineN QuereinsteigerIn verdrängt worden.

Darüberhinaus impliziert die Präsentation der besonderen Sachkompetenz von QuereinsteigerInnen eben auch die Unkenntnis, den Wissensmangel der so genannten „Parteisoldaten“ in diesen Bereichen.

Durch eine relativ große politische Unerfahrenheit haben QuereinsteigerInnen oft Probleme politischen GegnerInnen mit schlagkräftigen Argumenten zu begegnen. Sie gelten als politisch leichter angreifbar und durch geringe – ideologische – Verbundenheit mit der Partei durchbrechen QuereinsteigerInnen auch oft die (wahl-)taktische Argumentationslinie. Somit kann die große mediale Präsenz von QuereinsteigerInnen zu großen parteiinternen Streitigkeiten führen.

Bleiben QuereinsteigerInnen lange genug in der Politik haben sie durchaus die Möglichkeit mit der Zeit das politische Handwerk zu lernen. Allerdings ist die Zeit der QuereinsteigerInnen meist begrenzt, vor allem, wenn sie keine Wahlerfolge zu verzeichnen haben oder die Partei zu sehr entzweit haben. Denn letzten Endes ist der einzige Zweck von politischen QuereinsteigerInnen, ihrer Partei einen Wahlsieg zu verschaffen. Einen großen Vorteil haben Menschen, die schon im Zivilberuf die Möglichkeit hatten, sich rhetorisches Geschick anzueignen und sich kompromissbereit zeigen.

Oftmals werden QuereinsteigerInnen auch als Politiklehrlinge bezeichnet, da sie beispielsweise sehr wenig von parlamentarischen Abläufen wissen oder auch keinen Bezug zu Gesetzen haben. Dadurch wird ihnen auch relativ schnell politische Qualifikation, vor allem von Seiten der Medien und der konkurrierenden Parteien, abgesprochen.²⁵

JournalistInnen versuchen dies oft mit gezielten Fragen über politische Routineabläufe oder über politische Persönlichkeiten hervorzuheben. Verfügt der/die QuereinsteigerIn nicht über das nötige Wissen oder über die Fähigkeit der Frage gekonnt auszuweichen, muss sich derjenige/diejenige im Laufe des Wahlkampfes immer wieder für dieses „Nichtwissen“ entschuldigen bzw. rechtfertigen.

²⁵ vgl. Götz, a.a.O. S 54

IV. POLITISCHE QUEREINSTEIGERINNEN

1. Hans-Peter Martin (für die SPÖ im EP – parteilos)

Als der SP-Vorstand zusammentrat, um unter anderem die KandidatInnenliste für die EP-Wahl im Juni 1999 zu erstellen, bezeichnete Viktor Klima diesen Tagesordnungspunkt als „die Quadratur des Kreises“²⁶. Der Wunschkandidat war Wolfgang Petrisch, der sich in der Vergangenheit schon als Spitzendiplomat in den Kosovo-Verhandlungen bewiesen hatte. Dieser lehnte jedoch sehr spät Klimas Angebot noch ab.

So wurde Hans-Peter Martin, der für einen hinteren Listenplatz vorgesehen war²⁷, wegen der Übernahme des ersten Listenplatzes gefragt und sagte zu. Der gebürtige Bregenzer maturierte in seiner Geburtsstadt, verließ diese jedoch für ein Jahr, um die Alalanes High School in Kalifornien zu besuchen²⁸. Er engagierte sich schon in seiner Schulzeit als SchülerInnenvertreter und galt als links-stehend, jedoch nicht als Sozialdemokrat²⁹. Von 1976 bis 1984 studierte Martin Rechts- und Politikwissenschaft an der Universität Wien und schloss als Dr.iur. ab³⁰.

Schon während seiner Studienzzeit leistete er Hilfsarbeiten im Textilunternehmen F.M. Hämmerle, eine Saison lang arbeitete Martin als Tellerwäscher im Seefelder „Klosterbräu“³¹ und als Vertreter in der Pharmaindustrie³². Erfahrungen, die er im Laufe seiner Tätigkeiten gesammelt hatte, veröffentlichte er in diversen Magazinen, was stets für Skandale sorgte³³. Nach dem Martin sich einen gewissen Namen als Aufdeckungsjournalist gemacht hatte, arbeitete er für das deutsche Nach-

²⁶ <http://www.news.at/format/ausgaben/199915/stories/0501.asp>

²⁷ vgl. <http://www.news.at/magazin/ausgaben/199915/stories/0500.asp>

²⁸ vgl. <http://www.parlinkom.gv.at/pd/pad/kb/kb07915.html>

²⁹ vgl. <http://193.154.165.41/archshow.asp?artfn=/archiv/19990409/147.htm>

³⁰ vgl. <http://www.parlinkom.gv.at/pd/pad/kb/kb07915.html>

³¹ <http://www.parlinkom.gv.at/pd/pad/kb/kb07915.html>

³² vgl. <http://193.154.165.41/archshow.asp?artfn=/archiv/19990409/147.htm>

³³ vgl. <http://193.154.165.41/archshow.asp?artfn=/archiv/19990409/147.htm>

richtenmagazin „Spiegel“ und legte seinen Arbeitsschwerpunkt schließlich (1986) als Redakteur auf Globalisierung, Europa und Umwelt³⁴.

Er verbrachte drei Jahre als Südamerikakorrespondent für den „Spiegel“ in Rio de Janeiro (1989 bis 1991) und leitete danach das „Spiegel“-Büro in Wien. Weiters ist Martin Mitbegründer des Wiener Ökologie-Instituts, Aufsichtsrat bei Greenpeace Deutschland und Co-Mitglied des Club of Rome.³⁵

Wirklichen Bekanntheitsgrad erlangte Martin als Mitautor des Weltbestsellers „Globalisierungsfalle“, das 1996 erschien. Im Laufe seiner journalistischen Laufbahn erhielt er diverse Anerkennungen, so den Dr.-Karl-Renner-Förderungspreis für Publizistik 1980 und 1997 den Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch³⁶.

Martin wurde immer wieder eingeladen, mit Andreas Rudas und dessen Klima-Beratungsteam in Kontakt zu treten, dadurch ist auch Viktor Klima auf Hans-Peter Martin aufmerksam geworden³⁷. 1997 sprach Martin als Gastreferent bei einer SPÖ-Klubtagung, „wo er als Journalist und Autor für eine Grundsicherung und eine weit reichende Arbeitszeitverkürzung ohne vollständigen Lohnausgleich als Konzept gegen Arbeitslosigkeit plädierte“³⁸. Er betonte auch, dass Europa das wichtigste Zukunftsprojekt sei³⁹.

Hans-Peter Martins Nominierung als Spitzenkandidat für die Wahlen zum Europäischen Parlament sorgte für Aufregung innerhalb der SPÖ. Gerade der bisherige Delegationsleiter, der SPÖ-Europaabgeordnete Hannes Swoboda, meinte zur Wahl Martins: „Aus einem suboptimalen Verfahren zur Kandidatenfindung müssen wir jetzt eine optimale Wahlkampfstrategie machen“⁴⁰.

³⁴ vgl. <http://www.parlinkom.gv.at/pd/pad/kb/kb07915.html>

³⁵ vgl. <http://193.154.165.41/archshow.asp?artfn=/archiv/19990609/59.htm>

³⁶ vgl. <http://www.parlinkom.gv.at/pd/pad/kb/kb07915.html>

³⁷ vgl. <http://www.news.at/magazin/ausgaben/199915/stories/0500.asp>

³⁸ <http://193.154.165.41/archshow.asp?artfn=/archiv/19990609/59.htm>

³⁹ vgl. <http://193.154.165.41/archshow.asp?artfn=/archiv/19990609/59.htm>

Heinz Fischer lud sogar zu einem „Fest für Hannes“ (Swoboda) ein, um den nun viertgereihten ehemaligen Spitzenkandidaten zu unterstützen. Martin kam verspätet dazu und zog danach mit Michael Häupl durch Innenstadtlokale, um (vielleicht demonstrativ) gemeinsam Wahlwerbung zu machen. Häupl selbst meinte zunächst in einem Format-Interview der 24. Ausgabe 1999, dass nicht alle in der Wiener SPÖ mit dem EP-Spitzenkandidaten einverstanden sind, aber die SPÖ sei eine sehr disziplinierte Partei und daher unterstützt die Wiener SPÖ Martin. Weiters meinte Häupl, dass sie so ihre Loyalität gegenüber der Gesamtbewegung beweisen.

Der einzige, der sich neben Klima für Hans-Peter Martin öffentlich eingesetzt hatte, war der Tiroler SPÖ-Chef Herbert Prock. Er hält Martin für „die Person, die idealtypisch dafür eintritt, worum es der Sozialdemokratie im nächsten Jahrzehnt zu gehen hat: Den internationalen Konzepten der Wirtschaft klare politische Konzepte entgegenzustellen.“⁴¹

Nachdem die SPÖ die ÖVP bei der Wahl zum Europäischen Parlament tatsächlich überholen konnte, erhob Hans-Peter Martin in einem Interview den Anspruch auf den Delegationsleiter: „Als Spitzenkandidat bin ich immer davon ausgegangen, dass ich eine führende Rolle spielen werde“. Und: „In 14 Ländern ist der Spitzenkandidat auch Delegationsleiter“⁴². Dies sorgte wiederum für Aufregung innerhalb der SPÖ, zumal sich die meisten Hannes Swoboda als Delegationsleiter wünschten.

Nach heftigen parteiinternen Diskussionen und einer einstündigen Unterredung mit Viktor Klima wurden alle „Missverständnisse“ durch ein „freundschaftliches“ Gespräch beseitigt. Die SPÖ einigte sich darauf, Swoboda als Delegationsleiter zu bestellen, zumal ein parteiunabhängiger Kandidat nicht die Vertretung des Parteiapparates übernehmen kann. Innerhalb der SPÖ kursierten Witze wie: „Was ist das Schlimmste an Hans-Peter Martin? – Dass man ihn nicht aus der Partei aus-

⁴⁰ <http://www.news.at/format/ausgaben/199915/stories/0501.asp>

⁴¹ <http://www.news.at/magazin/ausgaben/199915/stories/0500.asp>

⁴² Der Standard, 15. Juni 1999

schließen kann“.⁴³ Martin bekam schließlich die Leitung der Slowakei-Delegation angeboten und nahm sie nach einer Bedenkzeit an.

Hans-Peter Martin selbst nahm die Wahl Hannes Swobodas zum Delegationsleiter (fünf für Swoboda, zwei Enthaltungen) zur Kenntnis und meinte noch einmal: „Mir ist der Delegationsleiter zugesichert worden“ uns zwar von Viktor Klima⁴⁴.

Für die Journalisten selbst war die parteiinterne Diskussion über Hans-Peter Martin natürlich ein gefundenes Fressen, zumal sie sich, wie schon bei der Bekanntgabe der Kandidatur, äußerst negativ über ihren eitlen Journalisten-Kollegen äußern konnten. Aber nicht nur bei JournalistInnen machte sich Martin durch sein Auftreten unbeliebt sondern auch bei Parteikollegen. Er ist meistens nicht zu Parteiveranstaltungen gekommen, die sehr wichtig sind, um parteiinterne Freundschaften zu schließen. Auch, dass er nach der Wahl nicht Parteimitglied wurde, kam bei seinen SPÖ-MitstreiterInnen nicht besonders gut an.

Nach einem relativen ruhigen Jahr für die SPÖ-Abgeordneten im Europäischen Parlament, kam es nach Fertigstellung des Entwurfs für die EU-Grundrechtscharta erneut zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen Hannes Swoboda und Hans-Peter Martin. Letzterer, der Mitglied des EU-Grundrechtscharta-Konvents war, übte heftige Kritik an dem Letztentwurf der Charta, die laut Martin zu „einer Farce für Europa“⁴⁵ wird. Es würden weder Presse- und Meinungsfreiheit garantiert, das Recht auf gerechten Lohn fehle und die Vorgangsweise sei äußerst skandalös gewesen⁴⁶, so wurden zwar im Konvent offene Debatten geführt, in letzter Minute wurden aber, auf Druck nationalstaatlicher Regierungen zahlreiche Änderungen und Abschwächungen hinter verschlossenen Türen vorgenommen⁴⁷.

⁴³ vgl. <http://193.154.165.41/archshow.asp?artfn=/archiv/19990616/66.htm>

⁴⁴ vgl. <http://193.154.165.41/archshow.asp?artfn=/archiv/19990615/29.htm>

⁴⁵ Der Standard, 28. September 2000

⁴⁶ vgl. Der Standard, 27. September 2000

⁴⁷ vgl. Die Presse, 27. September 2000

Der SP-Delegationsleiter betonte, dass Martins Äußerungen über die Grundrechtscharta nicht der Meinung seiner Delegation entspreche⁴⁸ und untermauerte dies bei der Pressekonferenz von Hans-Peter Martin am 26. September 2000 mit den Worten: „Was du hier vorträgst, ist deine persönliche Meinung, nicht die Meinung der Delegation. Es tut mir leid, dass ich das vor anderen sagen muss, das ist unmöglich, wie du das machst“⁴⁹. Die Angriffe von Seiten des Delegationsleiters Swoboda gingen am folgenden Tag weiter: „Er muss sich entscheiden, ob er als Politiker oder als Journalist arbeiten will. Er muss sich rasch entscheiden, sonst wird es Probleme geben“⁵⁰. Ebenso betonte Swoboda, dass Martins Engagement im Konvent „höchst unterdurchschnittlich“⁵¹ gewesen sei und er sich erst in der Schlussphase mit großen Worten, ohne Absprache mit seiner Fraktion, äußere⁵².

Hans-Peter Martin kontert zu den Vorwürfen der Nicht-Absprache in der Öffentlichkeit: „Noch gibt es das freie Mandat“⁵³ und: „Die Aussagen und das Auftreten von Hannes Swoboda richten sich gegen ihn selbst. Sein Verhalten beschädigt die Sozialdemokratische Partei Österreichs. 18 Monate lang habe ich jetzt geschwiegen und seine Zornausbrüche erlebt. Doch nach seiner über die Medien übermittelten Aufforderung, dass ich mich zwischen Politik und Journalismus entscheiden müsse, will ich nicht länger schweigen“⁵⁴. Martin meinte, wenn er Swobodas Aufforderungen nachkommen würde, wäre die eine WählerInnenbetrug: „Im Europawahlkampf hat die SPÖ mich ununterbrochen in Inseraten und öffentlich als „unabhängigen, kompetenten Bestsellerautor“ präsentiert. Dass ich „aufdecken und verbessern“ solle, war der offizielle Slogan“⁵⁵.

Der SP-Klubchef Peter Kostelka wurde beauftragt, zwischen den beiden EU-Parlamentariern zu vermitteln, beide sind kaum von einer Besserung des Verhält-

⁴⁸ vgl. Der Standard, 27. September 2000

⁴⁹ Die Presse, 27. September 2000

⁵⁰ Der Standard, 28. September 2000

⁵¹ ebd.

⁵² vgl. Der Standard, 28. September 2000

⁵³ Der Standard, 28. September 2000

⁵⁴ Profil, 2. Oktober 2000

⁵⁵ Profil, 2. Oktober 2000

nisses überzeugt. Swoboda meinte: „Ich glaube nicht, dass sich die Dinge so leicht ändern werden“⁵⁶. Hans-Peter Martin bezüglich des Vorwurfs, er halte mit seinen österreichischen SP-AbgeordnetenkolleInnen zu wenig Kontakt: „Mir sind die Kollegen aus der Fraktion, mit denen ich zusammenarbeite, wichtiger als meine unmittelbaren Kollegen aus der SPÖ.“⁵⁷

Eva Rossmann, die den Präsidentschaftswahlkampf von Gertraud Knoll koordinierte meinte zum Thema QuereinsteigerInnen: „Grundsätzlich tun sie der Szene gut. Aber sie müssen wirklich was politisch drauf haben. Wenn es nur danach geht: Hauptsache, prominent – dann funktioniert das nicht. In der SPÖ, die immer auf Einigkeit macht, wird es nicht verziehen, wenn Martin betont, dass er der Partei nicht beitreten will“⁵⁸.

Michael Häupl meinte in einem News-Interview in der 24. Ausgabe 1999, dass es ihm nicht primär darauf ankommt, ob ein Kandidat formell Parteimitglied sei oder nicht. Weiters meinte er in dem Interview: „dass Politik nicht das einzige Geschäft sein kann, von dem man glaubt, es nicht gelernt haben zu müssen. Die Politik ist ein sehr professionelles Geschäft geworden, und deshalb denke ich, dass insgesamt in den Regierungsämtern tatsächliche Profis gebraucht werden“.

Mittlerweile wird innerhalb der SPÖ schon gemunkelt, ob ihr EP-Spitzenkandidat nicht schon an einem Buch über das Innere der Partei schreibe. Als JournalistInnen Hans-Peter Martin mit dieser Annahme konfrontierten meinte er: „Für wie bedeutsam halten Sie denn diese Debatten wirklich?“⁵⁹

⁵⁶ Die Presse, 5. Oktober 2000

⁵⁷ ebd.

⁵⁸ <http://www.news.at/magazin/ausgaben/199925/stories/0500.asp>

⁵⁹ vgl. <http://www.news.at/magazin/ausgaben/199925/stories/0500.asp>

2. Ursula Stenzel (für ÖVP im EP – parteilos)

Die am 22. September 1945 in Wien geborene Ursula Stenzel arbeitete als freie Journalistin bei verschiedenen Zeitungen. Ab 1968 war sie bei „Studio Wien“ tätig und wurde 1972 Redakteurin im Aktuellen Dienst Radio.

Sie arbeitete in der Lokalredaktion von Radio Wien, schrieb außenpolitische Analysen für eine kleine Abonnementzeitung, was schließlich zur Aufnahme in die außenpolitische Redaktion des Hörfunks führte. Stenzel wechselte in die Redaktion der Zeit im Bild 2, später zur Zeit im Bild 1, blieb aber weiterhin in der außenpolitischen Redaktion verankert. Von 1974 bis 1995 war sie Moderatorin der ZIB, beim Hörfunk insgesamt von 1955 bis 1996.

Gemeinsam mit ihrem Ehemann, Burgschauspieler Heinrich Schweiger, ist Ursula Stenzel Herausgeberin des Fotobands „Bilder eines Schauspielers“ über Schweigers Erinnerungen an das Theaterleben in Österreich.⁶⁰

Für die ÖVP stellte sich 1996 bei der Suche nach KandidatInnen für die Wahl zum EU-Parlament das Problem, dass die Volkspartei mit nur fünf bis sechs Mandaten rechnen könnte, dabei allerdings die Vorstellungen von neun Landes- und sechs Teilorganisationen berücksichtigt werden sollten. Darüberhinaus sah die Liste von Parteichef Wolfgang Schüssel an der Spitze zwei QuereinsteigerInnen ohne Parteienverankerung vor – Ursula Stenzel und Karl Habsburg.⁶¹ Gegen den Widerstand des ÖAAB – der wegen der aussichtslosen Reihung seines Kandidaten Michael Spindelegger gegen die Liste stimmte – und die Kritik der westlichen Bundesländer die sich unterrepräsentiert fühlten, setzte sich Schüssel aber durch.⁶² Zuvor hatten die Tiroler sogar mit einem Boykott des Wahlkampfs gedroht, sollten sie unberücksichtigt bleiben – der Salzburger Karl Habsburg schien anfangs als „West-

⁶⁰ http://www.oevp.at/bp/europa/files/vp_abg/stu.htm,

<http://www.parlinkom.gv.at/pd/pad/kb/kb04275.html>

⁶¹ http://www.kurier.at/dcsuche/dcs_show.htd/client/kurier/textarch/j1996/q2/m.../001_001.dc

Kandidat“ nicht akzeptabel. Der Vorarlberger Landeshauptmann Martin Purtscher stimmte dem Wunsch einiger VP-Politiker, selbst als Spitzenkandidat anzutreten, nicht zu.⁶³

Die Kandidatur Stenzels – die bereits ein Angebot Jörg Haiders, für die FPÖ für das EU-Parlament zu kandidieren, abgelehnt hatte, da sie „seine Position zur EU und seine Haltung zur Vergangenheit“ nicht teilt⁶⁴ – bezeichnete Schüssel als Signal einer offenen Partei.⁶⁵

Das mit Stenzel als ÖVP-Kandidatin die richtige Wahl getroffen wurde, zeigten bald Umfragen: Sie war die bekannteste Kandidatin bei der EU-Wahl und es wurde ihr auch am ehesten zugetraut, ihre Meinung besonders gut durchzusetzen. Dies attestieren ihr in einer market-Umfrage für den Standard 30 Prozent der Männer und sogar 39 Prozent der Frauen. Diese Umfrage bewies auch, dass Stenzel ihre ungestützte Bekanntheit etwa verdoppeln konnte, „sie ist quasi zur Marke geworden, die spontan mit der Produktkategorie Europapolitik identifiziert wird“.⁶⁶

Anfang Oktober 1996 stellte eine Umfrage des Fessel Instituts für Stenzel mit 93 % den höchsten Bekanntheitsgrad unter allen SpitzenkandidatInnen fest, 60 % der ÖsterreicherInnen hatten eine „gute Meinung“ von Stenzel. Im Vergleich dazu erreichte LiF Spitzenkandidat Frischenschlager 87 % Bekanntheit und 33 % „gute Meinung, SPÖ-Spitzenkandidat Swoboda nur auf 68 % bzw. 19 %.⁶⁷

Die Wahl selbst bewies den Wert Stenzels für die ÖVP: 36 % der WählerInnen der Volkspartei entschieden sich wegen der Spitzenkandidatin für die ÖVP, Ursula Stenzel erhielt 166.000 Vorzugsstimmen⁶⁸. Nach dem für die ÖVP überraschenden

⁶² http://www.kurier.at/dcsuche/dcs_show.htd/client/kurier/textarch/j1996/q2/m.../008_001.dc

⁶³ http://www.kurier.at/dcsuche/dcs_show.htd/client/kurier/textarch/j1996/q2/m.../001_001.dc

⁶⁴ http://www.193.154.165.41/.../archiv.../standard_19960923191446000039.ht

⁶⁵ http://www.kurier.at/dcsuche/dcs_show.htd/client/kurier/textarch/j1996/q2/m.../008_001.dc

⁶⁶ http://www.193.154.165.41/.../archiv.../standard_19960927190110000033.ht

⁶⁷ http://www.kurier.at/dcsuche/dcs_show.htd/client/kurier/textarch/j1996/q4/m.../001_001.dc

⁶⁸ http://www.kurier.at/dcsuche/dcs_show.htd/client/kurier/textarch/j1996/q4/m.../026_001.dc

Wahlerfolg wurde Stenzel bei der Klubklausur der Volkspartei in Telfs am 12. November 1996 als Nicht-Parteimitglied in Vorstand und Klubpräsidium kooptiert.⁶⁹

Bezüglich ihrer Unerfahrenheit als Politikerin musste sich Ursula Stenzel zu Beginn des Wahlkampfs gegenüber ihrem direkten Konkurrenten, Hannes Swoboda, rechtfertigen. Swoboda hielt es für „kritisch, wenn man Leute ohne Fertigkeit und Professionalisierung dorthin schickt“.⁷⁰

Als Mitglied der Europäischen Volkspartei des EU-Parlaments ist Ursula Stenzel Vorsitzende des gemischten-parlamentarischen Ausschusses EU-Polen. Weiters ist sie in den Ausschüssen Auswärtige Angelegenheiten, Menschenrechte, gemeinsame Sicherheit und Verteidigungspolitik sowie Beschäftigung und soziale Angelegenheiten vertreten.⁷¹

3. Patrick Ortlieb (für die FPÖ im NR, Parteimitglied)

Patrick Ortlieb wurde am 20. Mai 1967 in Bregenz geboren. Er maturierte im Oberstufenrealgymnasium für Schisportler des Vereines Internatsschule für Schisportler in Stams und war von 1982 bis 1999 Profisportler.⁷²

Zu den inhaltlichen Ambitionen Ortliebs kann noch eher wenig gesagt werden. Seine Aufmerksamkeit gilt der Belebung des Schulsports, aber ebenso der Gesundheit. Mit seinen ersten diesbezüglichen Äußerungen trug er sich allerdings einiges an Kritik ein. „Heute werden die Kinder mit dem Bus abgeholt, wir sind noch zu Fuß zur Schule gegangen. Das hat auch nicht geschadet. Bewegungsmangel schadet der Gesundheit, genauso wie das Doping.“⁷³ Oder an anderer Stelle: Die Jugendlichen müssten sich einmal täglich bewegen, und sie sollten

⁶⁹ http://www.kurier.at/dcsuche/dcs_show.htd/client/kurier/textarch/j1996/q4/m.../005_001.dc

⁷⁰ http://www.kurier.at/dcsuche/dcs_show.htd/client/kurier/textarch/j1996/q2/m.../007_001.dc

⁷¹ http://www.oevp.at/bp/europa/files/vp_abg/stu.htm

⁷² <http://www.parlament.gv.at/pd/pad/kb/kb08197.html>

⁷³ profil 37, 13. September 1999

wieder mehr skifahren. Bei den Schulskiwochen sei am falschen Platz gespart worden. Die Lehrer sollten ihre dort geleisteten Überstunden auch bezahlt bekommen. Immerhin wäre der Wintersport ja auch ein wichtiger touristischer Faktor.⁷⁴

Grundsätzlich möchte er den gesellschaftlichen Stellenwert des Sports festigen. „Dass bisher in der Sportpolitik alles schlecht gelaufen ist“ will er damit aber nicht sagen. Darüberhinaus tritt er für eine steuerliche Absetzbarkeit von Spenden an gemeinwohlorientierte Sportorganisationen ein.⁷⁵

Bezüglich der Selbsteinschätzung seiner Fähigkeiten meinte Ortlieb auf die Frage nach der Übernahme eines Sport-Staatssekretariats für den Fall einer freiheitlichen Regierungsbeteiligung, „Eher nicht, denn in der Politik fehlt mir noch das Know-how.“⁷⁶

Die oftmaligen allgemeinen Vorwürfe der Ahnungslosigkeit gegenüber Patrick Ortlieb und auch Theresia Zierler verteidigte Jörg Haider mit den Worten, dass „politische Erfahrung nicht notwendig sei“⁷⁷.

Seit der letzten Klubklausur der Freiheitlichen Partei, die Ende November in Ampfelwang stattfand, bekleidet Sportsprecher Patrick Ortlieb nun auch die Funktion des Tourismus-Fraktionssprechers.⁷⁸

Ortlieb ist Mitglied im Ausschuss für Sportangelegenheiten, dem Unterrichtsausschuss und dem Wirtschaftsausschuss; darüberhinaus Ersatzmitglied im Gesundheits- und im Landesverteidigungsausschuss.⁷⁹

⁷⁴ <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19990929/145.htm>

⁷⁵ <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19990929/145.htm>

⁷⁶ <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19990929/145.htm>

⁷⁷ <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19990913/36.htm>

⁷⁸ <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19991123/263.htm>

⁷⁹ <http://www.parlament.gv.at/pd/pad/am/am08197.html>

Besonders in Erscheinung ist er in dieser Zeit nicht getreten, die Stenographischen Protokolle des Österreichischen Nationalrats verzeichnen drei Debattenbeiträge in seiner nunmehr fast einjährigen Amtszeit als Abgeordneter. Diese betrafen in einem Fall die Abänderung des Berufsausbildungsgesetzes und in zwei Fällen Sportpolitik.⁸⁰

4. Theresia Zierler (für FPÖ im NR, Parteimitglied)

Theresia Zierler wurde am 30. September 1963 in Eibiswald, Steiermark, geboren. Die gelernte Buchhändlerin absolvierte an der Universität Graz einen Lehrgang Medienkunde, sowie eine berufsspezifische Ausbildung beim ORF.

Von 1985 bis August 1999 arbeitete sie als Moderatorin, Redakteurin, Reporterin und Regisseurin beim ORF. Seit 1999 ist sie Medien- und Kommunikationstrainerin als Lehrbeauftragte der Univ. Graz.⁸¹

Theresia Zierler wurde als Nummer drei auf die Bundesliste der Freiheitlichen gesetzt. Bekannt wurde sie als Moderatorin der ORF-Vorabendsendung „Willkommen Österreich“, die täglich ca. von 800.000 Menschen gesehen wird und Zierler ungeheure Bekanntheit in der Bevölkerung verschaffte. Das scheint der Hauptgrund für ihre Nominierung gewesen zu sein, der auch von der FPÖ selbst gar nicht bestritten wird: „Zierler haben wir ganz bewusst auf die Altersgruppe 60 plus angesetzt, das war kalkuliert, dort ist sie unschlagbar. Ihr Bekanntheitsgrad ist wirklich unglaublich“, so ein Mitarbeiter der FPÖ. Das Theresia Zierler mittlerweile nicht mehr moderiert und für die FPÖ kandidiert, tut ihrer Popularität keinen Abbruch.

Auf Fragen, warum sie den ORF verlassen hat – Frau Zierler wurde gekündigt – und warum sie zur FPÖ gegangen ist, antwortet sie mittlerweile ausweichend:

⁸⁰ <http://www.parlament.gv.at/pd/pad/db/db08197.html>

⁸¹ <http://www.parlament.gv.at/pd/pad/kb/kb08207.html>

„Das hat sich so ergeben.“ Es sei ein neuer Lebensabschnitt, auf Diskussionen lässt sie sich nicht mehr ein.⁸²

Zierler sagte, sie habe nach der Kündigung durch den ORF „einen sehr großen Reifungsprozess durchgemacht“ und wies von sich aus den Eindruck zurück, sie sei nicht ernst zu nehmen: „Ich nehme mich ernst und bin überzeugt, dass mich auch die Wähler ernst nehmen werden.“⁸³

Bezüglich ihrer inhaltlichen Ausrichtung meinte Zierler noch im September 1999, sie müsse sich erst in die Politik einarbeiten, ehe sie sagt, wofür sie steht.⁸⁴ Mittlerweile wurde Theresia Zierler bei der Klubklausur der Freiheitlichen Partei Ende November 1999 in Ampfelwang zur neuen Frauensprecherin der FPÖ gewählt. Bei dieser Gelegenheit bezeichnete sie die Realisierung des Kinderschecks als ihr Hauptanliegen.⁸⁵

In ihrer neuen Funktion als Frauensprecherin verteidigte Zierler den Kinderscheck als Hilfestellung gerade für Frauen mit geringerem Einkommen, forderte Erleichterungen beim Wiedereinstieg für Frauen nach der Karenz, oder ein Karenzgeld für alle. Bezüglich der Aufwertung der Rolle der Hausfrau sei die FPÖ gerade bei der Ausarbeitung eines Modells.

Gegen eine gesetzliche Verpflichtung der Wirtschaft zur Bereitstellung von Teilzeitbeschäftigungen sprach sie sich ebenso aus wie gegen Frauenquoten: „Das Können und nicht das Geschlecht soll entscheiden“. Den Vorwurf, die FPÖ sei eine frauenfeindliche Partei wies sie als veraltet zurück.⁸⁶

Im Parlament ist Theresia Zierler derzeit noch Obmannstellvertreterin im Gleichbehandlungsausschuss und Schriftführerin im Kulturausschuss. Weiters ist sie Mitglied

⁸² <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19990929/52.htm>

⁸³ <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19990911/29.htm>

⁸⁴ <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19990911/150.htm>

⁸⁵ <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19991123/263.htm>

⁸⁶ <http://www.derstandard.at/scripts/1archiv/.../19991124/42.htm>

im Familienausschuss und dem Gleichbehandlungsausschuss. (Zu Beginn ihrer parlamentarischen Karriere war sie weiters Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte, Kulturausschuss und Verfassungsausschuss sowie Ersatzmitglied im Ausschuss für innere Angelegenheiten, dem Gesundheitsausschuss und dem Unterrichtsausschuss.⁸⁷⁾

Im Mai 2000, nur sieben Monate nach ihrer erstmaligen Kandidatur für die FPÖ, wurde Theresia Zierler zur Generalsekretärin der FPÖ gewählt, zuständig für organisatorische und innenpolitische Angelegenheiten.⁸⁸ Als solche entwickelte sie politisches Engagement und trat auch mit Äußerungen in Erscheinung, die mit der Linie anderer Teile der Partei nicht immer konform gingen. So kritisierte sie Anfang Oktober 2000 die Position der Wiener FPÖ gegenüber AusländerInnen bezüglich Integrations- und Wohnpolitik.⁸⁹

Entsprechend dem Wunsch von Infrastrukturminister Michael Schmid, er ist freier Landesobmann in der Steiermark, wurde Zierler schließlich Spitzenkandidatin für die steirische Landtagswahl im Oktober 2000.⁹⁰ Die bisherige Spitzenkandidatin Magda Jost-Bleckmann verzichtete aus persönlichen Gründen auf eine Kandidatur. Nach dieser für die FPÖ enttäuschend verlaufenen Wahl – die FPÖ fiel von 17,2 auf 12,4 Prozent der WählerInnenstimmen⁹¹ – wird Zierler auch das einzig verbliebene Landesrats-Amt für die FPÖ annehmen.⁹²

⁸⁷ <http://www.parlament.gv.at/pd/pad/am/am08207.html>

⁸⁸ <http://www.193.154..../46.htm&strTitle=Neue+Riege+der+FP%...>

⁸⁹ <http://www.derstandard.at/dyn/archiv/archarchiv.asp?artfn=/archiv/20001005/37.htm&str...>

⁹⁰ <http://www.193.154.165.41/archshow.asp?artfn=archiv/.../65.htm&str...>

⁹¹ Der Standard, 14. Oktober 2000

⁹² Der Standard, 18. Oktober 2000

Schlussfolgerungen

Unserer Ansicht nach wird die traditionelle „BerufspolitikerInnenkarriere“ keineswegs durch jene von QuereinsteigerInnen abgelöst werden können. Diese werden zweifellos eine zunehmend wichtige Rolle in Wahlkämpfen spielen. Allerdings eher in Hinsicht auf eine Auflockerung des Erscheinungsbildes von Parteien und der herkömmlichen Personalrekrutierung.

Wie einige Beispiele immer wieder zeigen, sind QuereinsteigerInnen aber wohl durch ihr Unabhängigkeit zu unberechenbar und parteipolitisch zu „unzuverlässig“, um tragende Rollen in politischen Parteien spielen zu können. Betrachtet man allerdings die Veränderungen im Wahlverhalten wird deutlich, dass eine Hinwendung zu Persönlichkeiten, die ein bestimmtes inhaltliches Spektrum abdecken oder abzudecken scheinen immer wichtiger wird. Ein immer größer werdendes Potential an WechselwählerInnen erfordert eine zunehmende Spezialisierung der AkteurInnen um eine zumindest kurzfristige Bindung an eine, ansonsten durch ihre Institutionalisierung und Hierarchisierung wenig erstrebenswert scheinende Organisation zu erzielen – da diese immer auch ein bestimmtes Maß an Unbeweglichkeit durch Abhängigkeit impliziert. Hinzu kommt der Wunsch nach „unverbrauchten Gesichtern“, die ebenfalls eine Abkehr von feststehenden Gruppierungen und traditionellen Hierarchien und Aufstiegsmustern in diesen signalisieren.

Quellen

Götz, Michael: Quereinsteiger in der Politik. Eine Untersuchung dieses Politikertyps im österreichischen Nationalrat und in der Bundesregierung seit 1986, Wien, Univ., Dipl.-Arb., 1996

Großegger, Beate; Heinzlmaier, Bernhard; Zentner, Manfred: Trendpaket 3, Jugendkultur 2000, Graz, Wien 1999

Herzog, Dietrich: Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen, Opladen 1975

Seifert, Thomas: Sprungbretter zu Macht, Kaderschmieden in Österreich; Wien 1998

Steininger, Barbara: Proseminar aus österreichischer Regimelehre: Kandidatenauslese und Karriereverläufe im politischen System Österreichs; Lehrveranstaltung an der Universität Wien im Wintersemester 1999/2000

Plasser, Fritz: Die amerikanische Demokratie; Wien 1997

Internet:

<http://www.derstandard.at>

<http://www.format.at>

<http://www.kurier.at>

<http://www.news.at>

<http://www.oevp.at>

<http://www.parlinkom.gv.at>

<http://www.profil.at>